

SPD demokratischer pressediens

P/XXIX/245

30. Dezember 1974

Große Aufgaben in der zweiten Halbzeit

Auf das Parlament wartet ein umfangreiches Programm

Von Dr. Hermann Schmitt-Vockenhausen MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Seite 1 und 2 / 94 Zeilen

Deutsche Außenpolitik im Jahre 1975

Ein schwieriges Jahr erfordert erhöhte Anstrengungen

Von Hans-Jürgen Wischniewski MdB
Mitglied des SPD-Vorstandes und Staatsminister im
Auswärtigen Amt

Seite 3 bis 5 / 107 Zeilen

SPD will Konzentration auf das Wesentliche

1975 wird kein Jahr der politischen Spaziergänge

Von Holger Börner MdB
Bundessechäftsführer der SPD

Seite 6 bis 9 / 156 Zeilen

Quantität ohne Qualität

Die gemeinsame Propagandastrategie von Springerpresse
und CDU/CSU

Von Lothar Schwartz
Sprecher des SPD-Vorstandes

Seite 10 / 46 Zeilen

-
- * * Allen Lesern und Mitarbeitern
 - * * ein frohes und gesundes neues Jahr!

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Presshaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telex: 08 88 948 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Große Aufgaben in der zweiten Halbzeit

Auf das Parlament wartet ein umfangreiches Programm

Von Dr. Hermann Schmitt-Vackenhausem MdB

Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Auch im Jahre 1975, der zweiten Halbzeit der siebenten Legislaturperiode, steht der Deutsche Bundestag vor alten und neuen Problemen und Aufgaben, deren Lösungen dringlich sind. So hat das Parlament die Aufgabe, eine Neuerteilung der Wahlkreise vorzunehmen. Die Bundesregierung hat ihre Vorschläge vorgelegt. Wenn auch wegen der noch nicht überall abgeschlossenen Verwaltungs- und Gebietsreform erst im Jahre 1980 mit dem Abschluß der Neuerteilung zu rechnen ist, so sind doch einige Korrekturen nicht zu umgehen, die rechtzeitig für die Wahl 1976 erfolgen müssen. In diesem Zusammenhang wäre es zu begrüßen, wenn die Wähler (Wahlbürger und Parteimitglieder im Rahmen der Parteiorganisation) mehr Möglichkeiten erhielten, bei der Auswahl der Kandidaten beteiligt zu werden. Dabei halte ich es für erzieherisch wertvoll, den Gedanken der Vorwahlen erneut zu prüfen und vor allem zu untersuchen, ob den als Parteimitgliedern engagierten Bürgern auch über parteifremde Briefwahl eine stärkere Einflussmöglichkeit auch für die Auswahl von Kandidaten eingeräumt werden sollte.

Es ist im ersten Anlauf nicht gelungen, die Frage der Besteuerung der Diäten zu lösen. Es bleibt zu hoffen, dass es dem Beirat für Entscheidungsvorbereitung gelingt, brauchbare Grundlagen für eine baldige Entscheidung zu liefern, wobei auch die Einheitlichkeit der Regelung in Bund und Ländern wichtig ist. Dabei muss sicher auch bedacht werden, dass jede Diätenregelung zugleich Einfluss auf die Auswahl der Abgeordneten hat. Nicht zu Unrecht hat man lange darüber geklagt, dass es ein Ziel an kommunalen Wahlbeständen in den Parlamenten gebe. Ich meine aber, dass nun die akute Gefahr besteht, dass eine Art von "Verbeamtung" des Parlaments ständig zunimmt. Die bisherige Art der Abgeordnetenvergütung wird möglicherweise auch dazu beitragen können, diese Fragen lösen zu helfen.

Die Arbeit der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse hat gezeigt, dass eine schnellere und effizientere Arbeitsweise, insbesondere über eine Voruntersuchung, deren Einführung ich mit anderen schon lange angeregt habe, zu einem besseren Ergebnis führen könnte. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn zumindest in der nächsten Wahlperiode die Untersuchungsausschüsse mit einem besseren Modus und auf einer festen rechtlichen Basis arbeiten könnten.

Es hat sich gezeigt, dass die Verhaltensregeln für Abgeordnete ("Ehrenordnung") noch Lücken aufweisen. Zur Zeit wird daran gearbeitet, neue Richtlinien zu Ziff. 6 der Verhaltensregeln zu erarbeiten, durch die den Mitgliedern des Bundestages Anmeldepflichten auferlegt werden sollen, wenn sie in Rechtsstreitigkeiten für oder gegen die Bundesrepublik Deutschland aufzutreten wollen. Wie sich erst jüngst herausgestellt hat, fehlt es in den Verhaltensregeln an einer Regelung für die Frage, ob überhaupt oder in welchem Umfang sich Abgeordnete in Verhandlungen, die der Bund mit den Auftragnehmern führt, einschalten können. Im Interesse des Ansehens des Parlamentes ist es m.E. dringend geboten, auch hier eine eindeutige Regelung zu schaffen und die aufgetretene Lücke zu schließen.

Vor einer Hochkonjunktur stehen im dritten Parlamentsjahr auch die wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages, denn erfahrungsgemäß

widmen sich die Abgeordneten in den letzten beiden Jahren einer Legislaturperiode neben ihrer parlamentarischen Aufgabe auch verstärkt der Arbeit im Wahlkreis. Die Hilfsdienste und aktuellen Informationseinrichtungen des Parlaments, die dem Abgeordneten mit den Fraktionsstäben, der persönlichen Assistenten und dem Wissenschaftlichen Fach- und Dokumentationsdienst der Bundestagsverwaltung heute zur Verfügung stehen, erfüllen effektiv und qualitativ hohe internationale Ansprüche. Dennoch erfordern die zunehmende Verwissenschaftlichung politischer Entscheidungsprozesse und die wachsende Informationsflut vermehrte Anstrengungen und ständige organisatorische Anpassungen an diesen Prozess; von der funktionsgerechten Bauplanung für ein neues Parlament bis hin zur dynamischen Weiterentwicklung parlamentspezifischer Lösungen für die Dokumentations- und Informationsaufgaben.

Die langfristige Funktionsfähigkeit des Parlaments hängt also auch von der zukünftigen baulichen Entwicklung des Bundestages ab. Im Anschluss an den städtebaulichen Ideenwettbewerb über die Integration der Bauten des Bundes in die Stadt Bonn im Jahre 1972 wurde im Herbst des gleichen Jahres der Bauwettbewerb für die Neubauten des Deutschen Bundestages und des Bundesrates ausgeschrieben. Wettbewerbsbereich war das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin.

Von 36 eingereichten Arbeiten wurden 15 prämiert. Vier Entwurfsverfasser wurden mit der Weiterbearbeitung ihrer Entwürfe beauftragt. Nach einem weiteren sorgfältigen Prüfungsverfahren im Juni 1974 erhielten zwei Architekten-Gemeinschaften den Auftrag zu einer nochmaligen Überarbeitung der Entwürfe. Als Abgabetermin ist der 20. Januar 1975 vorgesehen; eine Entscheidung vor der Sommerpause über die Neubauvorbereitungen ist mehr als dringlich.

Es scheint mir allmählich an der Zeit, daran zu denken, dass eine Reform der Geschäftsordnung ein Stück wirklicher Parlamentsreform bringen könnte. Es liegen genügend Vorschläge auf dem Tisch; ich nenne einige:

- die aktuelle Berichterstattung durch die Bundesregierung sollte stärker genutzt werden
- die Erfordernisse bei Dringlichkeitsanfragen sollten gelockert werden, damit das aktuelle politische Geschehen in der Fragestunde einen besseren Niederschlag findet
- die Möglichkeiten für die Abgeordneten, in der Fragestunde auf die Antworten der Bundesregierung zu reagieren, sollten erweitert werden.

Mit diesen und anderen Vorschlägen wäre sicherlich auch ein Teil der Ursachen dafür behoben, dass das Plenum häufig leer ist. Soviel Entschuldigungsgründe es für diesen in der kritischen Öffentlichkeit immer wieder besetzten Punkt auch gibt, wir müssen einen Weg finden, wie wir das Problem des leeren Plenums zufriedenstellend lösen.

Im parlamentarischen Leben gibt es neben den geschriebenen auch ungeschriebene Regeln, Traditionen, deren Beachtung sich immer als vorteilhaft erwiesen hat. Ich möchte vor allem auf den Grundsatz abheben, dass die Verhandlungsführung des Präsidenten im Plenum nicht kritisiert wird und auf die Usance, dass von der Regierungsbank keine Zurufe oder Antworten auf von dem Redner jeweils gestellte Fragen gegeben werden. Die Einhaltung solcher selbstgesetzter Regeln kann nicht durch Ordnungsmaßnahmen erzwungen werden.
(-/30.12.1974/kd/ps)

Deutsche Außenpolitik im Jahre 1975

Ein schwieriges Jahr erfordert erhöhte Anstrengungen

Von Hans-Jürgen Wischniowski MdB

Mitglied des SPD-Vorstandes und Staatsminister im Auswärtigen Amt

Die Führungsgremien der SPD werden sich zu Beginn des neuen Jahres ausführlich mit außenpolitischen Fragen beschäftigen. Dabei geht es um Bestandsaufnahme, Vorausschau und die notwendigen Vorbereiten für den Parteitag in Mannheim. Zur Bestandsaufnahme gehört auch die Feststellung, daß die Zusammenarbeit der Koalition in der Außenpolitik außerordentlich gut war.

Die Europäische Gemeinschaft und das Bündnis sind und bleiben die Grundlagen unserer Außenpolitik.

Die Lage der Gemeinschaft kann nach der letzten Gipfalkonferenz in Paris etwas günstiger beurteilt werden als zu Beginn des Jahres 1974. Die Bundesrepublik hat zu dieser Entwicklung wesentlich beitragen können. In keinem Jahr seit Bestehen der Gemeinschaft ist die Bundesrepublik größere materielle Verpflichtungen gegenüber der Gemeinschaft und einzelnen ihrer Partner eingegangen als im Jahre 1974. Diese Verpflichtungen sind sicher sehr unterschiedlicher Art und gelten für unterschiedliche Zeitabschnitte: Sie betragen insgesamt über mehr als 12 Milliarden DM. Damit sollte der Schwerpunkt unserer Außenpolitik jedem deutlich erkennbar sein. Im einzelnen geht es hier um den Kredit an Italien, um die Übernahme von erheblichen Garantieverpflichtungen im Rahmen der Gemeinschaftsanleihe, um unsere Bereitschaft zu einer ganz wesentlichen Aufstockung des Europäischen Entwicklungsfonds und um unseren Beitrag zum Europäischen Regionalfonds. Die Bürger unseres Landes müssen wissen, daß diese Leistungen auch im eigenen Interesse erfolgen. Die Opposition sollte aufhören zu behaupten, daß diese Bundesregierung zu wenig für die Gemeinschaft tun würde. Unsere Partner in der Gemeinschaft aber müssen wissen, daß damit die Grenzen unserer Leistungsmöglichkeit erreicht sind.

Die Hauptaufgabe der Gemeinschaft im Jahre 1975 besteht im Umsetzen der Beschlüsse der Pariser Gipfalkonferenz in praktische Gemeinschaftspolitik. Das gilt insbesondere für die gemeinsame Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Inflation, für eine gemeinsame Energiepolitik in Zusammenarbeit mit den anderen Industriestaaten, für die Bestandsaufnahme in der gemeinsamen Agrarpolitik für die Intensivierung der politischen Zusammenarbeit, für die Verbesserung der Arbeit in den Institutionen und die Demokratisierung der Gemeinschaft. Das Ziel der Wirtschafts- und Währungsunion und das Ziel der Europäischen Union werden wir dabei nicht aus dem Auge verlieren.

Im Jahre 1975 wird die Bevölkerung in Großbritannien in einer Volksabstimmung über sein weiteres Verhältnis zur Gemeinschaft entscheiden. Die Bundesregierung hat in dieser Frage die Haltung eingenommen, die es der britischen Regierung erlauben sollte, ein positives Votum zu empfehlen.

Auch 1975 wird ein schwieriges Jahr für die Gemeinschaft sein. Aber alle Beteiligten wissen jetzt besser, daß das Überleben und die Weiterent-

Entwicklung der Europäischen Gemeinschaft im Interesse aller Partner liegen.

Das Bündnis muß im Jahre 1975 die Konsequenzen ziehen aus den Erfahrungen der Zypern-Krise. Es ist auch zuständig für Konflikte, die sich zwischen den Partnern ergeben. Und noch etwas ist von entscheidender Bedeutung: Die Gemeinschaft ist keine Ersatzlösung für Staaten, die bedauerlicherweise die Absicht haben, ihr Verhältnis zum Bündnis zu verändern.

Auf der Basis von Europäischer Gemeinschaft und Bündnis muß die Ostpolitik konsequent fortgesetzt werden. Hier haben Regierung und Koalition ihre gute Position in der innenpolitischen Auseinandersetzung nicht offen genug vertreten. Die Opposition aber hat erneut bewiesen, daß sie mit ihrer Position nicht regierungsfähig ist. Sie steht mit ihrer Haltung in dieser Frage im Widerspruch zu unseren Verbündeten. Ihre Politik würde die Bundesrepublik der Gefahr einer weltweiten Isolierung aussetzen.

Für Berlin war 1974 ein gutes Jahr. Die Frage des Ausbaus der Bindungen der Bundesrepublik insbesondere durch die Einbeziehung von Berlin in bilaterale und multilaterale Vereinbarungen bleibt ständiger und entscheidender Auftrag unserer Außenpolitik.

In der Lösung der Probleme die zwischen der Bundesrepublik und Polen stehen, sind wir bedauerlicherweise nicht vorangekommen. Vermeidbare Auseinandersetzungen in der polnischen Presse, aber auch im Deutschen Bundestag haben die Situation keineswegs verbessert. Die schnelle Rückkehr an den vertraulichen Verhandlungstisch liegt im Interesse beider Staaten. Die Zeit reift weder für Polen noch für uns.

Die Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa wird im Jahre 1975 ein außenpolitisches Ereignis von besonderer Bedeutung sein. Die bis jetzt vorliegenden Arbeitsergebnisse berechtigen zu der Hoffnung, daß in den beiden noch zahlreichen offenen Fragen Ergebnisse erzielt werden, die einen Ausschluß auf höchster Ebene rechtfertigen. Hier hat sich die politische Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft in ganz besonderem Maße bewährt. Diese Tatsache, aber auch die aktuelle Entwicklung bei den Vereinten Nationen sollte für uns und unsere Partner Anlaß sein, noch einmal über das weitere Schicksal der KSZE über das Jahr 1975 hinaus nachzudenken und zu beraten.

Der Nahost-Konflikt wird im Jahre 1975 das bedeutendste, aber auch das

gefährlichste Thema der Weltpolitik sein. Eine Lösung ist nur möglich, wenn ein Verhandlungsergebnis erreicht werden kann, dem Israel, seine arabischen Nachbarn und die beiden Großmächte zustimmen können. Ein solches Ergebnis halte ich nach wie vor für möglich. Die PLO ist jetzt ein weiterer unübersehbarer Faktor geworden. Unser Verhältnis zur PLO wird bestimmt durch das Maß an Bereitschaft dieser Organisation, die Existenz des Staates Israel in gesicherten Grenzen anzuerkennen und auf jeglichen Terrorismus zu verzichten. In der gemeinsamen Haltung zum Nahost-Konflikt hat die politische Zusammenarbeit im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft ihre Bewährungsprobe zu bestehen.

Die Vereinten Nationen sind in eine kritische Phase eingetreten. Die Länder der Dritten Welt machen von ihrer Mehrheit Gebrauch. Eine solche Haltung war zu erwarten. Die Bundesrepublik kann auf eine aktive und verantwortungsvolle Mitarbeit in den Vereinten Nationen nicht verzichten. Diese Organisation ist nach wie vor das entscheidende Gremium, um den Nord-Süd-Konflikt abzubauen. Finanzielle Straffaktionen lösen keine Probleme.

Es besteht eine starke Diskrepanz zwischen dem bilateralen und multilateralen Verhalten der meisten Staaten der Dritten Welt und unseren Partnern gegenüber. Beste bilaterale Beziehungen hindern viele Staaten nicht, uns multilateral anzugreifen, gegen uns abzustimmen oder uns ihre Unterstützung zu versagen. Hier liegt unsere zukünftige bilaterale Aufgabe. Unsere Freunde müssen wissen, daß uns ihr multilaterales Verhalten nicht gleichgültig ist.

Die Sicherung der Rohstoffquellen und der exportbedingten Arbeitsplätze gehören zu den außenpolitischen Aufgaben einer jeden Bundesregierung. Die Energiekrise und die Arbeitmarktsituation machen diese beiden Themen jetzt aber zu einem besonderen Schwerpunkt unserer Außenpolitik. Auf manche liberale Großzügigkeit der vergangenen Jahre werden wir im Interesse der Erhaltung unserer eigenen Leistungsfähigkeit verzichten müssen. Unsere Diplomaten werden hier ihren Beitrag leisten.

Die Außenpolitik des Jahres 1975 wird nicht einfach sein. Sie ist aber auch nicht ohne Hoffnung. Die Bürger unseres Landes also müssen wissen: Diese Regierung tut das ihr möglichste, um den Frieden zu sichern und die Interessen des Landes zu wahren. (-/30.12.1974/ka/pr)

+ + +

SPD will Konzentration auf das Wesentliche

1975 wird kein Jahr der politischen Spezjergänge

Von Holger Börner MdB
Bundesgeschäftsführer der SPD

Wenn die SPD am Ende dieses Jahres Bilanz zieht, so ergibt sich zunächst ein scheinbar widersprüchliches Bild. Auf der einen Seite hat die von ihr geführte Bundesregierung in unserem Lande eine Situation wirtschaftlicher und sozialer Sicherheit geschaffen, um die uns die gesamte westliche Welt beneidet:

- in der Preisentwicklung ist die Tendenzwende erreicht;
- durch gezielte Maßnahmen - drei Konjunkturprogramme - hat die Bundesregierung größere Einbrüche in der Beschäftigung verhindert und die Grundlage für einen neuen Wirtschaftsaufschwung gelegt;
- für die westlichen Industriestaaten ist die Bundesrepublik - sowohl was die Geldstabilität als auch was die Beschäftigung angeht - ein "Musterland";
- in den Bemühungen um weitere menschliche Erleichterungen im Verhältnis zur DDR sind wesentliche Fortschritte erreicht worden;
- die innere Sicherheit ist gewährleistet; und
- das Netz der sozialen Sicherheit ist noch enger geknüpft worden.

Auf der anderen Seite müssen wir zugeben, daß die SPD, wenn man die Landtagewahlergebnisse betrachtet, in diesem Jahr Lehrgeld zahlen mußte. Offenbar war ein Teil unserer früheren Wähler mit uns nicht zufrieden. Daran sind wir gewiß nicht unschuldig, weil wir es nicht hinreichend verstanden haben, die internationalen Zusammenhänge, die vielfältigen Abhängigkeiten deutlich zu machen, aus denen wir uns nicht ohne Schaden lösen können, die aber unsere objektiven Probleme nicht nur vermehrt, sondern ihre Lösung auch schwieriger gemacht haben. Hinzu kommt, daß die Selbstdarstellung der Partei bewirkt hat, daß die Meldungen über Erfolge durch Meldungen über innerparteiliche Auseinandersetzungen in den Hintergrund gedrückt wurden. Wir werden daraus entsprechende Konsequenzen ziehen. Wir betrachten die Wahlergebnisse von 1974 als ernste Aufforderung, uns auf die wesentlichen Aufgaben zu konzentrieren, sie als Ziele offensiv zu vertreten und geschlossen in die Tat umzusetzen.

Das bedeutet: Zentrale Aufgabe des nächsten Jahres ist für uns als Partei neben der Aufklärung über die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge die Darstellung der Partei, wie sie wirklich ist und wofür sie kämpft. Es gilt, das Zerrbild geradezurücken, das die Unionsparteien im Verein mit der ihr nahestehenden Presse von der SPD zu zeichnen bemüht sind. Und es gilt auch, die Strategien von CDU und CSU zu entlarven. Für uns steht jetzt die Mobilisierung aller unserer Freunde im Vordergrund, um das Ende der Reformpolitik und den Abbau dessen zu verhindern, was wir in den letzten Jahren gemeinsam

geschaffen haben. Wir müssen auch unseren kritischen Freunden klar machen, daß sie deshalb wieder Flagge zeigen müssen.

Wer jetzt schweigt, hilft den Rechtskräften in unserer Gesellschaft. Er hilft auch der CDU, die im Jahr 1974 einen deutlichen Rechtsruck vollzogen hat. Die CSU nenne ich hier bewußt nicht, denn sie steht schon seit längerem mit dem Rücken an der rechten Wand. Ihr Einfluß auf die bundesweite Schwesterpartei ist aber eklatant gestiegen, nicht zuletzt auf der Tatsache, daß Dr. Alfred Dregger in Hessen und Prof. Dr. Karl Carstens im Bundestag für Franz Josef Strauß Erückenkopffunktionen übernommen hat. Die Wahlerfolge von Strauß und Dregger sind deshalb bemerkenswert, weil sie abzeichnet, daß die Landtagswahlkämpfe im neuen Jahr von Seiten der CSU im bayerischen und hessischen Muster geführt werden.

Worauf haben wir Sozialdemokraten uns einzustellen? Die wirtschaftliche Situation in unserem Lande wird noch bis zum Aufschwung im Frühsommer 1975 bleiben, daß für diejenigen, die an einer Verunsicherung der Bevölkerung interessiert sind, ein gewisser Nährboden besteht. Hinzu kommt, daß die Angst auch für die Zukunft politische Terrorakte ausschließen kann. Beide wirtschaftliche Unsicherheit und politischer Terror - geht zunächst einmal zu Lasten der regierenden Parteien, zumal dann, wenn die Opposition die Unsicherheit schürt und mit der Angst als zynischem "Wahlschlager" operiert.

Was die wirtschaftliche Entwicklung angeht, so wird sich im Laufe des nächsten Jahres zeigen, daß die sozialdemokratisch geführte Bundesregierung die gegenwärtigen Arbeitsplatzprobleme bewältigt, genauso, wie sie die Preisentwicklung in den Griff bekommen hat. Auf diesem Gebiet wird die düstere Prophezie der Union von selbst als falsch und als wahltaktische Maßnahme entlarven.

Langfristig gefährlicher ist es, daß einige Oppositionspolitiker unter dem Vorwand, sie wollten Recht und Ordnung sichern, offenbar bereit sind, rechtsstaatliche und humanitäre Verfassungsprinzipien aufzugeben. So hat Dregger und Carstens betätigen sich so als "Iris infernal", das ein politisches Spiel mit dem Feuer betreibt. Sie übernehmen genau die Rolle, die politisch wirren Phantasien der Terroristen ins Konzept paßt:

- Der CSU-Abg. Dr. Jäger - von dem ein Journalist einmal schrieb, daß Interessanteste an ihm sei sein "merkwürdiges Verhältnis zu den Köpfen anderer Leute" - hat die scheinbar günstige Gelegenheit genutzt, um seine Forderung nach Wiedereinführung der Todesstrafe zu erneuern.

- Die Nachrichtenagentur AFP berichtete am 4. Dezember über eine Rede von Franz Josef Strauß vor CDU-Kommunalpolitikern in einer Meldung, die sie auch nach einem fadenscheinigen Dementi des CSU-Vorsitzenden in vollem Umfang aufrechterhielt: Danach hatte sich Strauß für "die Anwendung des Rechts gegen die kriminelle Gauder-Meinhof-Bande" ausgesprochen.

- Reaktionäre Vorstellungen von Recht und Ordnung in den Unionen haben sich längst nicht mehr auf den "Bayerkurier" und seinen Verleger beschränkt. Der Vorsitzende der Oppositionsfraktion im Bundestag, Prof. Dr. Karl Carstens, verließ rechtsstaatlichen Boden, als er in einer Rede vor dem Bundestag am 15. November 1974 in bezug auf das Problem der Beschäftigung von Radikalen im öffentlichen Dienst bloße Vermutungen als ausreichend

einen Schuldpruch erklärte. Alles andere sei - so Carstens - "juristisches Spielwerk". So wird der Scharfmecher auch zum Scharfrichter.

Daraus folgt: Politiker der sich christlich nennenden Parteien wollen wahlpolitischen Profit aus Stimmungen in der Bevölkerung schlagen, die nur durch die bewußt angeheizte öffentliche Diskussion verständlich sind. Verantwortungsbewußte Politiker dürfen dem aber nicht nachgeben. Es darf nicht dazu kommen, daß Grundrechte angeblich dadurch geschützt werden sollen, daß sie teilweise außer Kraft gesetzt werden.

Für uns Sozialdemokraten heißt das, daß wir die politische Auseinandersetzung mit dem Terrorismus, die die im ganzen erfolgreichen Anstrengungen von Polizei und Justiz ergänzen müssen, zusammen mit unserem Koalitionspartner zu tragen haben. Von der Opposition dürfen wir keine Unterstützung erwarten, im Gegenteil: Sie wird sich weiter bemühen, uns Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Und sei es dadurch, daß sie uns als geistige Wegbereiter des Terrorismus diffamiert, weil wir neben den Symptomen auch die Ursachen bekämpfen.

Unions-Politiker werden nicht müde, vor einer Wiederholung der Fehler der Weimarer Zeit zu warnen, bedienen sich aber der gleichen Diffamierungstechniken, die die erste deutsche Republik zugrunde gerichtet haben. Die SPD wird sich auch dadurch nicht von ihren Aufgaben abbringen lassen, daß CDU und CSU auf diese unverantwortliche Weise die gemeinsame Basis der demokratischen Parteien brüchig machen. Der stellv. SPD-Vorsitzende und nordrhein-westfälische Ministerpräsident Heinz Kühn hat kürzlich auf die Gefahr hingewiesen, daß die Bundesrepublik unregierbar werden könnte, wenn sich der Rechtskurs von Strauß und Dregger in der Union auf Dauer durchsetzen würde, weil dies auch eine Polarisierung an der linken Peripherie unserer Gesellschaft zur Folge haben könnte. Diese Gefahr kann niemand von der Hand weisen, der den Untergang der Weimarer Republik in einer Zangenbewegung von Rechts- und Linksextremismus verfolgt hat. Am Ende stand damals der Faschismus.

Im Übrigen: Wo sind eigentlich die liberalen Reformkräfte in der CDU geblieben, die auf dem Hamburger Parteitag einen - wenn auch im Ergebnis kläglichen - Versuch unternommen haben, auf einigen Gebieten der Reformpolitik nachzuziehen? Sie dürfen sich heute allenfalls noch auf einer plötzlichen Flut von Fachkongressen austoben, die ihnen CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf als Abenteuer-Spielplätze zuweist. Anders als bei der SPD haben Kongressergebnisse bei der CDU aber nicht die geringste Chance, jemals für die Gesamtpartei verbindliche Positionen festzulegen. Das Er-

gebnis dieser doppelbödigen Strategie ist klar: Die Blüme und Katzere sind beschäftigt, und die Biedenkopfs, Carstens und Strauß' können weiterhin ungehindert schalten und walten. Und die Opposition hat künftigt - unverbindlich natürlich - für jede Zielgruppe in der Art eines ambulanten Händlers mit einem schier unerschöpflichen Bauchladen irgend-etwas parat, was sie präsentieren kann.

Für die SPD war das Jahr neben den laufenden Arbeiten geprägt von einer Bestandsaufnahme in der Parteiorganisation. Diese Bestandsaufnahme verlangt Konsequenzen. Der Parteivorstand wird auf einer zweitägigen Sitzung Ende Januar/Anfang Februar 1975 über diese Konsequenzen beraten, die zusammen mit den anderen Aktivitäten der Partei - Landtagewahlkämpfe, Arbeitsplan 1975/76, Diskussion des Entwurfs für den "Orientierungsrahmen '85" und die Vorbereitung auf den November-Parteitag in Mannheim - das Jahr 1975 zu einem Jahr der Bewährung für die SPD machen werden. Bewährung für die SPD heißt übrigens auch, daß sie durch eine allzu intensive Beschäftigung mit sich selbst der Opposition nicht länger den Vorwand für die Verweigerung einer sachlichen Mitarbeit liefern darf.

Der Rückblick auf das vergangene Jahr zeigt, daß es sich die Strategen in den Hauptquartieren von CDU und CSU zu leicht gemacht haben; wir müssen aber selbstkritisch hinzufügen: gelegentlich haben wir es ihnen auch zu leicht gemacht. Die Strategie der Opposition zielt nur auf den vorübergründigen Erfolg: Die Rückgewinnung der Macht in Bonn. Welche konkreten politischen Ziele sie mit dieser Macht verwirklichen will, bleibt im Dunkeln. Folglich darf man den Schluß ziehen, Macht ist für die Union zunächst Selbstzweck. Das Ergebnis dieses Mißverständnisses von politischer Macht kann im besten Fall eine Politik des Durchwurschtelns, im gefährlichsten Fall eine Politik einseitiger Interessenvertretung sein.

Das letzte Jahr war für die SPD eine Durststrecke. Das kommende Jahr wird auch kein politischer Spaziergang zu neuen Erfolgen sein. Aber es wird zeigen, daß die SPD mit der Konzentration auf das Wesentliche in der Lage ist, wirtschaftliche, soziale und politische Stabilität in unserem Lande zu garantieren. Das wird sich auszahlen.

(-/30.12.1974/ri/pr)

+ + +

Quantität ohne Qualität

Die gemeinsame Propagandastrategie von Springerpresse und CDU/CSU

Von Lothar Schwartz

Sprecher des SPD-Vorstandes

Die gemeinsame Propagandastrategie des Hauses Springer und der christdemokratischen Opposition hat der deutschen Öffentlichkeit in diesen Tagen eine Inflation von Interviews mit führenden Politikern der CDU/CSU "beschert". Wo Qualität der Aussage nicht vorhanden ist, soll Quantität dieses Markt verschleiern, nach dem Motto, daß von dem Sammelsurium an Vereinfachungen, Verdrehungen und Polemik schon etwas hängenbleiben wird, zumal diese Rechnung mit den öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten gemacht wird und in der Regel sogar aufgeht. Sie zitieren nämlich pflichteifrig die Gemeinschaftsproduktionen von Rechtspresse und Opposition auch dann, wenn ein Informations- oder Neuigkeitwert kaum noch erkennbar ist.

Auf diese Weise erlangen Scheininterviews eine Glaubwürdigkeit, die ihrer Entstehung und inhaltlichen Qualität in einem krassem Mißverhältnis steht. Die Überproduktion und der blinde Eifer im Verkauf von demagogischen Botschaften bergen allerdings auch die Gefahr von Pannen in sich.

Dafür zwei Beispiele vom Wochenende: Der mit einer Überdosis an Hebelungslosigkeit auf das Kanzlerkandidatenkarussell der CDU/CSU drängende offizielle Oppositionsführer Prof. Dr. Karl Carstens und der auf dem Landtag der Springerpresse ebenfalls nicht zimperliche CDU-Chef Dr. Helmut Kohl leugnen die weltwirtschaftlichen Ursachen für Schwierigkeiten, mit denen wir es auch in unserem Staat zu tun haben. Sie setzen sich damit im Widerspruch zu ihrem Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf. Dieser hat vor der Bundespressekonferenz am 18. Dezember nämlich die internationalen Abhängigkeiten unserer Wirtschafts- und Beschäftigungslage ausdrücklich anerkannt.

Der Vorsitzende der Bundestagsfraktion von CDU/CSU, Prof. Carstens, warf der Bundesregierung vor, auf dem Gebiet der inneren Sicherheit nicht genügend getan zu haben. Sein Parteifreund, der rheinland-pfälzische Innenminister Heinz Schwarz, stellte am gleichen Tage öffentlich fest, daß in den beiden letzten Jahren durch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern "mehr innere Sicherheit für die Bürger erreicht worden ist".

Da die Fakten zu beiden Sachbereichen natürlich noch eine weitaus deutlichere Sprache zu Gunsten der sozialliberalen Koalition sprechen, als es Biedenkopf und Schwarz eingeräumt haben, kann man nur den Schluß ziehen, daß sich die Konkurrenten um die "Nummer 1" der Opposition nicht einmal einen Hauch von Sachlichkeit erlauben können, dürfen oder wollen. Sie haben sich aus Gründen der Profilierung voll auf das Niveau des CSU-Vorsitzenden F.J. Strauß - und teilweise sogar darunter - begeben. Ihre kurzatmige, kurzsichtige und verantwortungslose Strategie zur Wiedererlangung der Regierungsmacht in Bonn um jeden Preis hat bei allen negativen Begleiterscheinungen und Auswirkungen für unsere junge, aber gefestigte Demokratie doch auch eine positive Seite:

Im Herbst 1976 - und keinen Monat früher! - werden die Wähler über die Alternative zwischen Leistung und Zuverlässigkeit auf der Seite der sozialliberalen Koalition und Negation und Demagogie auf der Seite einer Opposition zu befinden haben, die als totale, teilweise als brutale Obstruktion in die Geschichte dieses unseres Staates eingehen wird. (-/30.12.1974/ka/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller